

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

Betr.: Auswirkungen der Inflation bekämpfen (X): Energiegipfel einberufen

Angesichts galoppierender Inflation und stark steigender Energiepreise steht Hamburg vor enormen sozialpolitischen Herausforderungen. Bereits Mitte September hat der Hamburger Senat deshalb Vertreter:innen der Wirtschaft zu einem Spitzengespräch geladen, um über die Auswirkungen der Energiepreisentwicklungen zu reden. Wenn über Folgen und Lösungen der Energiekrise diskutiert wird, sollten allerdings Vertreter:innen von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden am Tisch nicht fehlen. Zu Recht fordert ein breites Bündnis um den Mieterverein zu Hamburg, der Sozialverband Hamburg (SoVD), der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (vnw) und der Grundeigentümer-Verband Hamburg (Haus & Grund Hamburg) den Senat auf, einen großen Energiegipfel einzuberufen, damit die maßgeblichen Akteur:innen der Stadtgesellschaft gemeinsam über Lösungen beraten können (vergleiche PM Energiegipfel jetzt). Denn die Krise trifft breite Teile der Gesellschaft. Nicht nur Geringverdiener:innen und Leistungsbezieher:innen, sondern auch Menschen mit mittleren Einkommen sorgen sich zunehmend um ihre Heizkostenrechnung und fragen sich, wie sie künftig noch über die Runden kommen sollen. Daneben beklagen auch soziale Einrichtungen und stationäre Pflegeeinrichtungen einen enormen Kostendruck und fürchten Insolvenzen.

Um die Auswirkungen zu diskutieren und gemeinsam Lösungen zu entwickeln, haben wir als Fraktion DIE LINKE eine Sondersitzung des Sozialausschusses zu den „Folgen der Inflation“ durchgesetzt, die am 01.11.2022 stattfindet. Neben dem Parlament müssen aber auch die Expert:innen der Stadtgesellschaft in die Krisenpolitik einbezogen werden. Deswegen haben andere Bundesländer, wie beispielsweise Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, bereits einen Energiegipfel einberufen. Der vom Ersten Bürgermeister initiierte Hamburger Dialog, zu dem lediglich ausgewählte Vertreter:innen der Stadtgesellschaft eingeladen wurden, ist nicht in diesem Sinne zu verstehen und ersetzt auch nicht die Beteiligung eines breiten Bündnisses, das eine gemeinsame Strategie und Maßnahmen entwickelt. Denn nur ein gemeinsam gestalteter Prozess kann sicherstellen, dass niemand vergessen und die Maßnahmen auch von einem breiten Bündnis getragen und gestaltet werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. umgehend einen Energiegipfel unter Beteiligung von Akteur:innen der Stadtgesellschaft, wie Vertreter:innen der Wohlfahrts- und Sozialverbände, der Gewerkschaften, des Verbraucherschutzes, der Wirtschaft und der regionalen Energieversorger, einzuberufen.